



Rechtsausschuss

5. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

25. Oktober 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.50 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (F.D.P.)

Stenografin: Heike Niemeyer

	Seite
2	
Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde des Herrn Dr. Seebald gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags vom 7. September 2000	1
VerfGH 31/00 Vorlage 13/169	
3	
Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde der Unabhängigen Bürger Nordrhein-Westfalen gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 7. September 2000	1
VerfGH 32/00 Vorlage 13/170	

*) öffentlicher Teil mit TOP 1 siehe APr 13/86

- 4** **Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde des Herrn Manfred Wehrhahn gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 7. September 2000** 1
- VerfGH 33/00
Vorlage 13/120
- 5** **Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde des Herrn Hans H. Wendel gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 7. September 2000** 1
- VerfGH 34/00
Vorlage 13/184
- 6** **Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde des Herrn Friedrich Weber gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 7. September 2000** 1
- VerfGH 35/00
Vorlage 13/185
- 7** **Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde des Herrn Dr. Dieter Gutschke gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 7. September 2000** 2
- VerfGH 38/00
Vorlage 13/190

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, keine Stellungnahme abzugeben.

- 8 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

2

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss diskutiert kurz zu den Stichworten "Bau neuer Justizvollzugsanstalten - Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von Dienstwohnungen" und "zukünftiger Abbau von Hilfsstellen zur Übernahme geprüfter Anwärter".

Der Ausschuss billigt den Einzelplan 04 des Nachtragshaushaltes mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

- 9 Bericht des Sonderbeauftragten für Sicherheitsfragen im Justizvollzug NRW ("Manteuffel-Kommission")**

3

- Bericht des Justizministers
- Bericht des Staatssekretärs
- längere Diskussion, in deren Verlauf die Opposition kritisiert, dass der Bericht zu allgemein gehalten sei.

10 Gesetz zur Entpolitisierung der Generalstaatsanwaltschaft 11

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/196 - Neudruck -

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/230

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/224

Vorsitzender Dr. Robert Orth stellt als Ergebnis der Diskussion fest, dass der Gesetzentwurf einschließlich der für das Plenum formulierten Empfehlung zunächst an den Innenausschuss weitergegeben werden sollte mit der Bitte, sich zügig mit der Materie zu befassen. - Einstimmig verständigt sich der Rechtsausschuss darauf, kein Votum zu den Entschließungsanträgen abzugeben.

11 Situation des gerichtlichen Sachverständigenwesens unter anderem im Hinblick auf die derzeit geltenden Entschädigungssätze 15

- Bericht des Justizministers
- kurze Diskussion

12 Neubau der JVA Willich II 17

- Bericht eines Mitarbeiters des Justizministeriums
- Diskussion mit dem Schwerpunkt "Architektenwettbewerb"

13 Verschiedenes

19

Vorsitzender Dr. Robert Orth teilt als Termin für die nächste Sitzung des Rechtsausschusses den 22. November 2000 mit.

und

- 7 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Beschwerde des Herrn Dr. Dieter Gutschke gegen die Wahlprüfungsentscheidung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 7. September 2000**

VerfGH 38/00

Vorlage 13/190

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, keine Stellungnahme abzugeben.

- 8 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/150

abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage 13/74, die das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 04 enthalte. Die in der Sitzung am 19. September 2000 anlässlich der erstmaligen Beratung des Nachtragshaushalts im Rechtsausschuss vom Justizminister erbetene schriftliche Übersicht über die Entwicklung der Betreuungskosten in den letzten fünf Jahren liege unter der Vorlagen Nr. 13/192 seit kurzem vor.

Rainer Lux (CDU) erinnert an die schon bei Verabschiedung des Haushalts sehr kritische Haltung der CDU zur Finanzierung des Baus neuer Justizvollzugsanstalten aus den Veräußerungserlösen von Dienstwohnungen. Nunmehr stehe bei den Baumitteln eine Kürzung um 20 Millionen DM an. Die CDU-Fraktion werde den Nachtrag deshalb ablehnen.

Frank Sichau (SPD) betont, es existiere zwischen dem Beschluss des Landtages, den Haftraum zu erweitern, und der Entscheidung, Dienstwohnungen zu verkaufen, kein Junktim. Das Zurückfahren der Mittel im Nachtrag beruhe vielmehr schlichtweg auf der Tatsache, dass diese Summen im laufenden Haushalt nicht verausgabt werden könnten.

Jan Söffing (F.D.P.) bezieht sich auf die in Kap. 04 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften -, Tit. 422 10 - Bezüge der Beamten und Richter - mit kw-Vermerken versehen ausgebrachten 40 Hilfsstellen zur Übernahme geprüfter Anwärter und erkundigt sich nach den Aussichten, diese Stellen angesichts der in den Bezirken ohnehin bestehenden Schwierigkeiten, die übrigen kw-Vermerke zu erwirtschaften, tatsächlich fristgerecht abzubauen.

LMR Kamp (JM) erläutert, die im Haushalt 2000 ausgewiesenen insgesamt 212 z. A.-Stellen, genutzt für die Übernahme geprüfter Anwärter, reichten in diesem Jahr nicht zur Übernahme aller Anwärter aus. Wie in anderen Geschäftsbereichen in der Vergangenheit auch schon geschehen würden deshalb befristet 40 zusätzliche Stellen ausgebracht.

Das Planstellenkontingent hingegen dürfte nach momentaner Einschätzung groß genug sein.. Um eine zeitnahe planstellenmäßige Anstellung auf jeden Fall zu gewährleisten, habe man in den letzten Jahren bei Bedarf darüber hinaus z. A.-Stellen in Planstellen umgewandelt. Sollte es erforderlich werden, müsste man in den kommenden Haushaltsjahren ähnlich operieren.

Um der Abgangsfuktuation Rechnung zu tragen habe man bekanntlich im Haushalt 2000 1.075 kw-Vermerke verlängert. Die Entwicklung der nächsten Jahre lasse sich aufgrund des nicht unerheblichen Einflusses der außerordentlichen Abgänge, die es über eine längere Zeit zu prognostizieren gelte, nicht ganz sauber voraussagen.

Der **Ausschuss** billigt den Einzelplan 04 des Nachtragshaushaltes mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

9 Bericht des Sonderbeauftragten für Sicherheitsfragen im Justizvollzug NRW ("Manteuffel-Kommission")

Der **Vorsitzende** zeigt sich verwundert, dass Herr Manteuffel dem Ausschuss heute offenbar nicht zur Verfügung stehe, um Fachfragen mit ihm zu diskutieren.

Justizminister Jochen Dieckmann führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung möglicherweise der Eindruck eingeschlichen, es gäbe eine Kommission. Eine solche Kommission aber gibt es nicht, und schon gar nicht eine "Manteuffel"-Kommission, sondern einen internen Auftrag des Justizministers Jochen Dieckmann vom Sommer letzten Jahres an Herrn Oberstaatsanwalt Manteuffel, ihm, dem Justizminister persönlich, einen Bericht zu dem Thema "Sicherheit im geschlossenen Män-